

Kurier; 19.02.2017, Wasserkraft

"Mehr Wasserkraftwerke statt Windräder"



Foto: honorarfrei/Josef Ertl | Industrie-Sprecher Günter Rübiger

Der Chef der Industrie-Sparte will Wasserkraft, Universität und Fachhochschulen ausbauen.

[Josef Ertl](#)

Günter Rübiger (67) ist Obmann der Sparte Industrie in der Wirtschaftskammer und Chef der Rübiger-Group in Wels. Rund 400 Mitarbeiter sind in den drei Bereichen der Härterei, dem Anlagenbau und der Gesenkschmiede tätig. Der Umsatz beträgt rund 50 Millionen Euro.

KURIER: In der Landespolitik findet ein Generationenwechsel statt. Was soll sich aus Sicht der Industrie ändern? Günter Rübiger: Die Standortpolitik steht für uns an erster Stelle. Mehr Geld für Forschung und Technologie. Der zweite Bereich ist die Infrastruktur. Ausbau von Straßen, Schiene, Breitband und Flughafen. Weiters geht es um den Ausbau der Energieversorgung. Es ist wichtig, die Versorgungssicherheit bei Gas und Strom zu gewährleisten.

Gibt es hier Defizite?

Im Jänner hat es bereits Probleme in Mitteleuropa gegeben, bei uns noch nicht. Wir von der Industrie beraten Firmen, um sich gegen ein Blackout zu rüsten.

Es braucht wegen des Ökostroms einen Ausbau der Stromnetze. Deutschland und auch wir haben zu wenig Leitungen. Es braucht einen Ringschluss der 380-KV-Leitung von Kaprun nach Salzburg. Das Kremstal ist nicht ausreichend erschlossen. Neben der Menge geht es auch um die Qualität, damit es keine Stromschwankungen gibt. Weiters ist ein Ausbau der Wasserkraft notwendig. Beim Land ist man nun am richtigen Dampfer. Die neue Energiestrategie ist absolut positiv.

Was heißt Ausbau der Wasserkraft konkret?

Es gibt genug Projekte, aber es gäbe wesentlich mehr Potenzial.

Wo?

An sämtlichen Bächen und Flüssen. Durch die Wasserkraftrahmenrichtlinie haben wir uns gesetzlich so eingeschränkt, dass eine Restwassermenge da sein muss, was zur Folge hat, dass man nichts mehr bauen kann. Unsere Firma hat beispielsweise am Mühlbach ein Kleinkraftwerk. Wir werden mit Umweltauflagen und Vorschriften geradezu zugeschüttet. Wenn man sagt, man darf kein Vogerl mehr vertreiben und der Fisch muss rauf- und runterschwimmen können, führt die Vorschrift der Restwassermenge zu einer Reduzierung der Leistung und der Energie, sodass die Kraftwerke nicht mehr rentabel sind. Überall werden Fischaufstiege vorgeschrieben. Aber es hat bisher auch ohne Fischaufstiege funktioniert. Ich möchte wissen, wie der Fisch über den Traunfall hinaufkommen soll.

Durch den Ausbau der Wasserkraft bleibt die Wertschöpfung in Österreich bzw. Oberösterreich. Wir haben sehr gute Firmen, die hier tätig sind. Der Weg von Landesrat Michael Strugl ist der richtige.

Der Grüne Landesrat Rudolf Anschober kritisiert das Fehlen der Windenergie.

Er will nicht zur Kenntnis nehmen, dass Oberösterreich weder Niederösterreich noch das Burgenland ist, wir haben nicht so viel Wind. Außerdem möchte er, dass Oberösterreich beim Strom autark ist. Wenn der Standort das nicht hergibt, kann man nicht hundert Prozent Öko-Strom machen. Man kann vielleicht buchhalterisch autark sein, aber nicht physisch.

Brauchen wir denn die Windkraft nicht?

Wir haben zu wenig Wind. Deshalb rechnet sie sich wirtschaftlich nicht. Es ist auch nicht schön, wenn in der Landschaft überall Windräder herumstehen. Wir sollen uns auf die Wasserkraft konzentrieren. Wir haben Berge und Wasser und wenn wir es herunterrinnen lassen, haben wir Energie.

Bei der Windenergie benötigt man Ausgleichsenergie, wenn kein Wind geht. Die Wasserkraft läuft hingegen 24 Stunden. Und die Solarenergie gibt es auch nur dann, wenn die Sonne scheint.

Ein Problem ist auch die Dauer der Genehmigungsverfahren. Die NGO (Nichtregierungsorganisationen, Anm. d. Red.) haben zu viele Möglichkeiten, Einspruch zu erheben. Jeder Querulant hat die Möglichkeit, Verfahren zu verzögern. Nun hat man vorgesehen, die Umweltverträglichkeitsprüfungen auf maximal drei Jahre zu begrenzen.

Früher gab es im Wasserrecht den bevorzugten Ausbau. Das hat nach dem Krieg dazu geführt, dass die großen Kraftwerke gebaut werden konnten, weil das Interesse der Allgemeinheit über dem des Einzelnen gestanden ist.

Diesen bevorzugten Ausbau möchten Sie wieder haben?

Richtig. Es sollte ihn nicht nur bei den Kraftwerken wieder geben, sondern auch bei den Leitungen. Das soll aber nicht bedeuten, dass über die Bevölkerung drübergefahren wird, sondern sie soll einen Ausgleich erhalten.

Wie soll der Ausgleich aussehen?

Es soll ein finanzieller Ausgleich sein. Wir können das natürlich fordern, aber das ist ein Bundesgesetz. Ich orte sowohl bei Finanzminister Hans Jörg Schelling als auch bei Bundeskanzler Christian Kern, dass Reformen eisern umgesetzt werden. Das war früher nicht so. Da haben sie herumklamentiert.

Sie sagen, man muss sich anschauen, wohin das Geld im Landesbudget fließt. Industrielle kritisieren, dass zu viel Geld für die Kultur und zu wenig Geld für die Wirtschaft ausgegeben wird. Ist diese Kritik berechtigt?

Das ist eine politische Entscheidung. Wir wollen nicht Neid erzeugen. Wir sehen, dass bei unseren Kernthemen Standort, Fachhochschulen und Ausbau der Universität Luft nach oben ist.

Für die Universitäten ist der Bund zuständig. Das Land investiert dennoch. Landeshauptmann Josef Pühringer argumentiert, dass wir nicht zu wenig Studienrichtungen haben, sondern zu wenig Studenten in den technischen Fächern.

Das ist zweifellos ein Kernthema. Wir unterstützen beispielsweise die Aktion Traumberuf Technik, mit der wir Mittelschüler an die Universität bringen, um ihr Interesse zu wecken.

Wie lauten Ihre konkreten Forderungen an die Universität?

Erstens die Attraktivierung des Studiums. Der Campus soll ausgebaut, die Studieninhalte entrümpelt werden. Die Berufsbilder müssen alle zehn Jahre überarbeitet werden, das soll man auch bei den Lehrplänen machen. In der Schweiz erfolgt das alle fünf Jahre.

Dauern die Studien zu lange?

Ja, die reellen sind viel zu lange. Wir müssen die Studien attraktiver machen. Es darf nicht sein, dass beispielsweise bei einer Prüfung 90 Prozent durchfallen. Da muss der Vortragende etwas falsch gemacht haben.

Für uns ist der Maschinenbau ganz wichtig. Hier haben wir in Oberösterreich einen Mangel an Absolventen und deshalb brauchen wir ein Studium für Maschinenbau. Graz und Wien haben in diesem Bereich zunehmend mehr Studenten. Die Absolventen können sich sofort aus zehn Jobangeboten eines aussuchen, so gefragt sind sie. Für uns als Wirtschaft ist die Zahl der Absolventen von Mechatronik zu gering.

Bei den Fachhochschulen sind wir mit den Standorten Wels, Steyr und Hagenberg gut aufgestellt. Beim Ausbau der Studiengänge und der Studentenplätze wollen wir bevorzugt zum Zug kommen. Bei den Fachhochschulen wird nach Bedarf entschieden, da reden auch die Unternehmen mit.

Wirtschaft und Unternehmen engagieren sich in den USA ganz erheblich an den Universitäten. In Österreich merkt man nicht viel davon. Da rufen Wirtschaft und Industrie stets nach dem Staat.

Das stimmt so nicht. So ist zum Beispiel die Linzer Kepler Universität beim Requirieren von Drittmitteln gut unterwegs. Beim Kunststoffstudium, das vom Land mitfinanziert wird, sind beispielsweise Engel und Borealis dabei. Die voestalpine ist an der Kepler Universität stark engagiert. Sie erhält viele Forschungsaufträge von der Industrie. Die Diplomarbeiten der Fachhochschulstudenten werden zu 99 Prozent bei Firmen gemacht.

Nur ganz große Unternehmen wie Magna in Graz können es sich leisten, dass sie ein gesamtes Universitätsinstitut finanzieren.